

SOLIFONDS
und Mitunterzeichnende
Postfach, 8031 Zürich
mail@solifonds.ch
044 272 60 37

Zürich, 21. Januar 2019

Herr Bundespräsident Ueli Maurer
Damen und Herren Bundesräte
Schweizerische Bundeskanzlei
Bundeshaus West
3003 Bern

info@bk.admin.ch

Per Post und Email

Protestnote anlässlich des Besuchs des brasilianischen Präsidenten Jair Bolsonaro und seinen Ministern in der Schweiz

Sehr geehrter Herr Bundespräsident
Sehr geehrte Damen und Herren Bundesräte

«Frauen sollen weniger verdienen als Männer, weil sie schwanger werden», sagte Jair Bolsonaro vor seiner Wahl zum Präsidenten Brasiliens. Er kündigte an, aus dem Pariser Klimavertrag auszusteigen und den Schutz der Naturreservate im Amazonas zu lockern. Bolsonaro droht, die sozialen Bewegungen zu terroristischen Organisationen erklären zu lassen und ihre Aktivitäten zu kriminalisieren. Bolsonaros Äusserungen vor und nach seiner Wahl zum Präsidenten Brasiliens haben seine offen rassistische, homophobe und frauenfeindliche Haltung gezeigt. Dass dies keine leeren Worthülsen waren, zeigen seine ersten Amtshandlungen als Präsident, darunter ein Erlass, um Schutzmassnahmen für die LGBTIQ-Gemeinde aufzuheben. Den Mindestlohn hat Bolsonaro unter den vom Parlament festgelegten Betrag gesenkt und die Demarkierung indigener Gebiete im Amazonasgebiet gehört neu in die Zuständigkeit des Agrarministeriums, geleitet von der Grossgrundbesitzerin Tereza Christina. Damit werden die Rechte der indigenen Bevölkerung den Interessen des Agrobusiness untergeordnet.

Bolsonaros Regierung, so viel steht fest, wird sich um Menschenrechte und Umweltschutz foutieren. Trotzdem will die Schweiz Bolsonaro im Rahmen des Weltwirtschaftsforums WEF in Davos eine Bühne bieten, der Bundesrat will sich zudem mit Bolsonaro, seinem Wirtschaftsminister Paulo Guedes und seinem Aussenminister Ernesto Araújo treffen.

Menschenrechte müssen über wirtschaftlichen Interesse stehen

Die unterzeichnenden Organisationen protestieren gegen den Besuch von Präsident Bolsonaro und weiteren Regierungsvertretern in der Schweiz. Eine autoritäre Regierung, welche zu einem Drittel aus Militärs besteht, welche damit droht, Menschenrechte zu verletzen, die nicht in ihr Konzept passen, unliebsame Bevölkerungsgruppen diffamiert und zu Gewalt anstachelt, ist in der Schweiz nicht willkommen. Die unterzeichnenden Organisationen sprechen sich dagegen aus, dass Schweizer Bundesräte die brasilianischen Regierungsvertreter empfangen.

Bolsonaro war, wie die Finanzmärkte zeigen, der Wunschkandidat der Wirtschaft, auch von Schweizer Konzernen. Für Profite nehmen Unternehmen in Kauf, dass Menschenrechte verletzt und Armut sowie soziale Konflikte als Folge einer ultra-neoliberalen Wirtschaftspolitik verschärft werden.

Wir fordern die Schweizer Regierung auf, Menschen- und Umweltrechte nicht wirtschaftlichen Interessen zu opfern, sondern diese gerade im Falle von Brasilien zu schützen und zu stärken.

Deshalb fordern wir:

- dass die Bundesräte von einem Treffen mit der brasilianischen Regierungsdelegation Abstand nehmen;
- dass sich die Schweiz demgegenüber stark macht gegen Rassismus, Frauenfeindlichkeit sowie Trans- und Homophobie;
- dass sich die Schweiz dafür einsetzt, dass grundlegende Menschenrechte in Brasilien für alle gelten und respektiert werden;
- dass sich die Schweiz deutlich gegen die Anstachelung zu Gewalt und gegen die zunehmende Militarisierung der Gesellschaft in Brasilien ausspricht;
- dass sich die Schweiz dafür einsetzt, dass die Rechte der indigenen Bevölkerung respektiert werden. Das von dieser seit Jahrhunderten bewohnte Land und die darunter liegenden Rohstoffe und Wasserreserven dürfen nicht privaten Konzernen in die Hände fallen;
- dass die Schweiz die Kriminalisierung sozialer Bewegungen und der demokratischen Opposition in Brasilien klar verurteilt und im Gegenteil soziale Bewegungen mittels internationaler Zusammenarbeit stärkt;
- dass die in Brasilien aktiven Schweizer Unternehmen stärker kontrolliert und in die Pflicht genommen werden. Insbesondere geht es darum zu überprüfen, ob sie von Menschenrechtsverletzungen profitieren;
- dass Waffenexporte nach Brasilien gestoppt werden;
- dass Verhandlungen zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit Brasilien abgebrochen werden.

Kommt es zu den befürchteten Verletzungen von Menschen- und Umweltrechten durch die brasilianische Regierung, muss dies unmittelbar Konsequenzen haben. In einem solchen Fall fordern wir, dass:

- sich die Schweiz rasch für internationale Sanktionen gegen Brasilien einsetzt;
- Produkten, welche unter Missachtung von Menschenrechte und Umweltschutz hergestellt werden, ein Importstopp auferlegt wird.

Wir danken Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und dafür, dass Sie sich für die Menschenrechte einsetzen.

Mit freundlichen Grüßen im Namen der mitunterzeichnenden Organisationen



SOLIFONDS

Yvonne Zimmermann, Koordinatorin

Mitunterzeichnende:

ALBA Suiza, Natalie Benelli, Mitglied Comité Coordinador

Campax, Andreas Freimüller, Präsident

DJS, Demokratische Jurist_innen Schweiz, Melanie Aebli, Geschäftsleiterin

E-CHANGER, Egzona Cahani, Chargée de programme Brésil et communication

Europäisches BürgerInnen Forum, Claude Braun, Vorstand

fepa, fonds für entwicklung und partnerschaft in afrika, Marcel Dreier, Geschäftsleiter

GfBV, Gesellschaft für bedrohte Völker, Christoph Wiedmer, Co-Geschäftsleitung

Grüne Schweiz, GRÜNE Schweiz, Regula Rytz, Präsidentin

Greenpeace Schweiz, Alexander Hauri, Programme-Direktor

GSoA, Gruppe für eine Schweiz ohne Armee, Lewin Lempert, Sekretär

KoBra – Kooperation Brasilien e.V., Uta Grunert, Koordination

LZZ, Lateinamerika Zentrum Zürich, Dr. Elena Rosauero, Koordination LZZ

MultiWatch, Elango Kanakasundaram, Geschäftsleiter

Novo Movimento, Madeleine Müller, Präsidentin

SFR, Schweizerischer Friedensrat, Ruedi Tobler, Präsident

SIT, Syndicat interprofessionnel de travailleuses et travailleurs, Davide De Filippo, Co-secrétaire général

Stiftung Cooperaxion, Izabel Barros, Responsable de projets au Brésil

Taoca Kollektiv, Fabiana Kuriki, Mitbegründerin

terre des hommes schweiz, Franziska Lauper, Geschäftsleiterin

Voz do Cerrado, Thaís dos Santos, Vorstandsmitglied

VSC, Vereinigung Schweiz-Cuba, Samuel Wanitsch, Nationale Koordination